

Bürgerfragen und Politikerantworten

VS-Villingen (maj) Vor und während der SK-Wahlarena am Dienstagabend hatten Bürger die Möglichkeit, den Politikern Fragen zu stellen.

Friedel Vetter aus Hüfingen wollte mit Blick auf den Bau etwa von Windrädern wissen, wie die Direktkandidaten die Versprechen von Bürokratieabbau und Verschlankeung von Bauvorschriften mit dem Anspruch von mehr Bürgerbeteiligung und Mitsprache vereinbaren wollen. **Thomas Bleile** (Grüne) will Bürger früher etwa bei Windkraftvorhaben beteiligen, das Für und Wider besser erklären und transparenter sein. Eine Idee seien auch Bürgerräte. Da werden Menschen zufällig angerufen und befragt. Die Ergebnisse sollen dann mithilfe der Wissenschaft eingeordnet und diskutiert werden. **Martin Rothweiler** (AfD) will niederschwelligere Bürgerbeteiligungen, so dass es für Menschen einfacher wird, ihre Interessen kundzutun. Auch bei Bauvorhaben setze die AfD auf das Subsidiaritätsprinzip. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD) will wie die Grünen ebenfalls frühzeitiger Bürger mit ins Boot bei Projekten holen sowie transparenter sein. Schneller klappen soll das mit digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, die die zu große Bürokratie entschlacken kann. **Marcel Klinge** (FDP) will auch mehr Transparenz sowie digitale Beteiligungsmöglichkeiten. Er könne sich auch auf Bundesebene bei bestimmten Themen einen Bürgerentscheid vorstellen. Wichtig sei dann aber vorab eine gute gesellschaftliche Debatte. Wenn ein Entscheid gefallen ist, soll der aber respektiert und umgesetzt werden. **Thorsten Frei** (CDU) will weniger, aber dafür bessere Gesetze, die regelmäßig evaluiert werden. Seiner Meinung nach dauern Planungs- und Genehmigungsprozesse in Deutschland viel zu lang. Deswegen müssten Beteiligungen von Bürgern und Organisationen irgendwann auch beendet und Entscheidungen getroffen werden. **Heinrich Alexandra Hermann** (Linke) befürwortet digitale Bürgerentscheide. Wo dies nicht möglich ist, muss eine Beteiligung auf konventionellem Weg stattfinden.

Julius Müller aus Furtwangen will wissen, wie eine „dringend notwendige“ Steuerreform aussehen muss. **Klinge** will eine Entlastung für kleine und mittlere Einkommen sowie ein unkomplizierteres Steuersystem. An der Schuldenbremse will er festhalten. Vor einer Steuererhöhung fordert er zunächst, dass Steuerverschwendungen beendet werden. **Bleile** will einen zusätzlichen Spitzensteuersatz ab über 100.000 Euro für Alleinverdiener und 250.000 Euro für Doppelverdiener pro Jahr auf 48 Prozent sowie eine Vermögenssteuer ab zwei Millionen Euro. Die Schuldenbremse könne man sich aktuell nicht leisten. Stattdessen müsse man jetzt in den Klimaschutz investieren. **Rothweiler** will, dass die Europäische Zentralbank „vernünftige Währungspolitik“ macht, um die Inflation zu bekämpfen. Außerdem sollten keine „Schuldenstaaten“ bei gleichzeitiger Schuldenbremse in Deutschland finanziert werden. Beim Steuerrecht will die AfD die CO2-Steuer, die EEG-Umlage und die Gewerbesteuer abschaffen. Ausgleichen sollen das hauptsächlich die Umsatz- und Einkommenssteuer. **Frei** hält an der Schuldenbremse fest und schließt Steuererhöhungen aus. Die CDU will eine Unternehmenssteuerreform, die dazu führt, dass Unternehmensgewin-